SDS

REGIONAL-KONFERENZ

11. - 13.10.68

in Hamburg

Vorläufige Arbeitspapiere:

1. Hochschule (Hamburg)
2. Massenaktionen (Hamburg)
3. Arbeiterkontakte (Hamburg)
4. Justizkampagne (Hamburg)
5. Bundeswehrkampagne (Hamburg)
6. Griechenland (Münster/Hamburg)
7. Gruppenbericht aus Oldenburg
8. Straßendiskussion (Sylt)

DIE RADIKALDEMOKRATISCHE HOCHSCHULPOLITIK IN HAMBURG

Zu Beginn des SS67 hatte der SDS Hamburg eine Hochschulstrategie entwickelt, (vgl. E.Neckermann, Hochschulpolitik in Hamburg), die auf der Lehre des Genossen Mao Tse-tung und den Erfahrungen des Berliner SDS beruhte. Es bestand ein 3-Phasen-Plan:

I. die "defensive Phase" sollte mit dem SS 67 zusammenfallen und durch theoretische Akkumulation in in Fragen der Hochschulreform sowie dem Einnisten in die Fachschaftsräte gekennzeichnet sein. Mit dem SP-Wahlkampf am Ende d es SS sollte

2. die "Uebergangsphase" beginnen, in der schon einzelne radikale Minderheitenaktionen gegen die Universitätsadministration zu starten sind. Bis Weihnachten war der Uebergang in

3. die "offensive Phase " geplant, die durch eine Politik der permanenten Universitätsrevolte, mit der studentischen Massenaktion (teach-in, go-in, sit-in) als Hauptkampfmittel, gekennzeichnet ist.

Der Ansatz unserer Hochschulkritik war in seiner wissenschaftlichen Methode ideologiekritisch und in seiner politischen Praxis radikaldemokratisch. Für eine revolutionäre Politik fehlte uns die Vorraussetzung, nämlich die Analyse der Hochschule als Produktionsstätte von qualifizierter Arbeitskraft und theoretischen Produktionsmitteln. Dies Fehlen einer materialistischen Analyse des Sektors der geistigen und pädagogischen Produktion erklärt den voluntaristischen und anarchistischen Anstrich unserer Politik, die in den direkten Aktionen ihr Artikulationsmedium suchte und so selbst auf den sozialistischen Anspruch oft verzichtete.

Die gesellschaftlichen Widersprüche aktualisierten sich schneller, als wir erwartet hatten, insbesondere durch scheinbar "aussenpolitische" Ereignisse wie den Schah-Besuch. Die Aktionen, die auf den 2.Juni folgten, exemplifizierten sowohl die Stossrichtung unserer Politik wie vor allem die Abwiegelungsstrategie der sozialdemokratischen Studentenpolitiker. Der SHB-AStA startete eine studentische Aufklärungskampagne für die sogenannte Bevölkerung: das hatte objektiv die Funktion, die durch Ohnesorgs Tod mobilisierten Studenten von den gesellschaftlichen Fesseln ihres eigenen Arbeitsplatzes abzulenken und eine Verschärfung inneruniversitärer Widersprüche zu ver hindern. Der Hamburger SDS erkannte, dass es notwendig war, die ausseruniversitär aufgebrochenen Widersprüche inneruniversitär zu konkretisieren und organisierte - unter Vorwegnahme der gegenwärtigen Bestrebungen zu einem hochschulpolitischen Linkskartell - mit Beteiligung aller progressiven Gruppen eine Arbeitstagung mit dem Thema "Polizeiterror und Ordinarienuniver sität". Der Zusammenhang aber wurde mehr geahnt als aufgewiesen, das Fehlen einer sozialistischen Hochschulanalyse durch Verbalradikalismen kompensiert. Die sozialdemokratische Linie blieb unangefochten.

Im grossen und ganzen lief unsere radikaldemokratische Hochschulstrategie nach Plan: mit der denkwürdigen Rektoratsfeier vom 9.November 67 eröffnete der Hamburger SDS die offensive Phase seiner Hochschulpolitik. Sodann folgte Aktion auf Aktion: Podiumsdiskussionen, teach-ins, Vollversammlungen, Belagerung einer Sitzung des akademischen Senats, regelmässige Sprengung der Wenke-Vorlesung und Umwa ndlung in ein KU-Seminar, Kirchen-Aktion gegen Wenke-Freund Thielicke, Bundeswehraktion gegen Thielicke-Freund General Wolff, hochschulpolitische Diskussionen in den Vorlesungen von Mitgliedern des Akademischen Senats, Rektoratsbesetzung und Verhör des Rektors, Hofstätter-Aktion und Sprengung einer Rektor-Wahl. Am Ende des WS 67/68 erlangte der SDS eine starke Parlamentsfraktion und Einfluss in den Fachschaften. Im SS 68 schlief die "Politik der permanenten Hochschulrevolte" ein.

Unser wichtistes strategisches Planziel war die dauerhafte Mobilisierung von circa 2000 Studenten. Das erreichten wir zwar zeitweise, nicht aber dauerhaft, weil wir a) über keine revolutionäre Theorie, d.h. eine materialistische Analyse unserer sozialen Basis, verfügten, und b) in unseren Organisationsmodellen (Satzungsentwurf, Hochschulgesetzentwurf) an der Fiktion einer Gesamtstudentenschaft festhielten, anstatt mit der jeweils mobilisierten Minderheit räteartige Organisationsformen zu praktizieren, die eine langdauernde Doppelherrschaft an der Universität hätten einleiten können; C) vernachlässigten wir bei Erreichen einer neuen Phase des Kampfes die politische Methode der vorhergehenden, was zu einer Auszehrung der theoretischen und organisatorischen Substanz unserer Gruppe führte.

Die Möglichkeit einer radikaldemokratischen Politik, die für eine sozialistische Organisation natürlich nur eine Mobilisierungsstrategie zur primären Initiation einer revolutionären Bewegung unter den Bedingungen legalitärer Demokratie sein kann, sind im Bereich den Hochschule ausgeschöpft. Zur ursprünglichen Politisierung eines noch jungfräulichen sozialen Sektors dürfte die radikaldemokratische Mobilisierungsstrategie immer wieder ihre Aufgabe erfüllen. Die Universität hingegen ist reif für die sozialistische Kritik.

Nun dürfen wir nicht [illegible] in den Fehler verfallen, die ideologiekritische Methode und die radikaldemokratische Agitation überhaupt nicht mehr im Hochschulbereich anzuwenden. Sie hören nur auf, das politische Kampfmittel zu sein.

Um einen neuen Sturm auf die Festung Wissenschaft entfachen zu können, brauchen wir eine lange und gründliche Konsolidierungsphase, in welcher wir und in mobilen Total-kooperativen (Kommunen) organisieren. Die vor uns liegende Rückzugsperiode darf also nicht mehr der Schulung und Ausarbeitung materialistischer Analysen sowie der Neuorganisation gewidmet sein, sondern auch der materiellen Vorbereitung des Widerstandes.

KRITIK UND MÖGLICHKEITEN EINER POLITIK INNERHALB DER STUDENTISCHEN INSTITUTIONEN

Der Übergang vom Wintersemester 67/68 zum Sommersemester 68 war für den SDS Hamburg gleichbedeutend mit dem Wechsel seiner Strategie. Galt es im Wintersemester mittels direkter Aktion und Massenveranstaltung die Mobilisierung von mindest 1 500 Studenten zu leisten , was letztlich auch weitgehend erreicht wurde, so stand für das Sommersemester im Zentrum unserer Aktivität, neben den großen außeruniversitären Aktionen wie Notstand und Ostern, der Versuch die plebiscitär - oft manipulativ - gewonnenen Initiativen des Hochschulwinters institutionell zu verankern, um dann auf dieser Grundlage den Prozess weiterzutreiben. Deshalb organisierte der SDS einen gut vorbereiteten Wahlkampf mit eigenen Wahlkampfpapers und einer großen Zahl Kandidaten, die nach der Wahl innerhalb des Parlaments eine quantitativ nicht unerhebliche Fraktion darstellten. Die neue Strategie lautete verkürzt: der Marsch durch die studentischen Institutionen mit dem Ziel diese entsprechend der vom SDS entwickelten und im Wahlprogramm niedergelegten Kriterien umzufunktionieren. Objekt dieser Analyse sind die Ursachen des Scheiterns.

Der Ansatz der Überlegungen, daß gerade die präzise Konzeption innerhalb des eigenen politischen Bereichs für die Existenz und politische Effizienz der Organisation von eminenter Bedeutung ist, bleibt unbestreitbar richtig. Für den SDS erweist sich somit als primär relevanter Bereich politischer Praxis die Universität. Auch die Entscheidung, auf dem Gipfelpunkt der Mobilisierung - d.h. nach einem Semester intensiver und zum Teil sicher erfolgreicher Hochschulpraxis - sich im Wahlkampf zu engagieren, um dann die vorher entwickelten Pläne praktisch umzusetzen ist formal-taktisch nicht falsch. Aber gemessen werden muß dieser Marsch durch die Institutionen an der seit langem formulierten politischen Projektierung - nämlich Demokratisierung der Hochschule bis hin zur konkreten Übernahme und Neubestimmung der Universität durch alle ihre Mitglieder - und es stellt sich die Frage, ob und in wie weit dieses politische Ziel institutionell erreicht wurde oder überhaupt erreicht werden konnte. In wie weit also diente die Beteiligung am Studentenparlament, Fachschaften und Kritischer Universität der permanenten Mobilisierung kritschen Bewußtseins an der Basis.

Auch das Studentenparlament basiert wie jedes Parlament auf den Prinzipien einer unverbindlichen Delegation wie ebenso unverbindlichen Repräsentation. Die diesem System imanenten Gefahren konnten auch in Hamburg nciht ausreichend gemeistert werden, und es erfolgte eine zunehmende Lösung der gewählten Interessenvertreter von ihrer studentischen Basis und schließlich eine tendenzielle Selbstverständigung des Parlaments als Insitutitution. Nicht einmal eine ausreichende Kommunikation innerhalb der SDS-Fraktion oder dieser Fraktion mit der SDS-Gruppe konnte wegen mangelnder individueller Aktivität bei gleichzeitiger außerparlamentarischer Überbelastung hergestellt werden. Bei den Wahlen zum Studentenparlament und in der direkt darauf folgenden Phase erwies sich dieses Engagement als hemmend für die Selbstinitiative der bereits politisierten wie noch apolitischen Studenten, da die parlamentarische Minorität die Masse der Studenten der eigenständigen Verantwortung enthob. und der abzubauenden Institutionsgebundenheit und Institutionsgläubigkeit der Studenten laufend neuen Vorschub leistet. Dieses Dilemma kumulierte in dem "erst mal abwarten,was der ASTA macht oder das Parlament beschließt" und der Hoffnung und Überzeugung,"die gewählten Studentenvertreter werden's schon machen". Die weit fortgeschrittene Bürokratisierung des institutionierten Vertreterorgans Studentenparlament blockierte zuden die nötige kreative Spontanität der Parlamentarier selbst mittels seiner sterilen Mechanismen wie Satzung und Geschäftsordnung. Die Verselbstständigung des Parlaments von seiner studentischen Basis wird deutlich an den heufig auftretenden Widerspruch zwischen den von den SP verabschiedeten Anträgen und den Aktionen und politischen Forderungen eines großen, genauer des emanzipierten Teils der Studenten.

Der qualitative Unterschied von spontaner Selbstinitiative der Massenaktion und deren parlamentarischem Korrelat -dem verabschiedetem Antrag- braucht nicht weiter erläutert zu werden. Er ist schlicht evident. Der Verdacht liegt nahe, daß die studentische Revolte durch dieses Parlament inclusive seiner personellen Besetzung wie geleisteten Arbeit erheblich an Stoßkraft verloren hat.
Die Überprüfung der politischen Aktivitäten der letzten Semester zeigt, daß alle wirklich politischen und praxis-relevanten Entscheidungen innerhalb der politischen Hochschulgruppen vornehmlich SHB und SDS getroffen worden sind und nicht innerhalb des Parlaments. Die Stellungsnahme des Parlaments vor und nach diesen Aktivitäten war letztlich ohne Einfluss auf deren Entwicklung; sie bedurfte gar nicht der Sanktion durch das Parlament, sobald es den politisch relevanten Organisationen gelungen war, eine Mobilisierung an der Basis in Gang zu setzen. Dem hamburger Parlament blieb nur Akklamation oder Kritik und damit meistens Distanzierung von außerparlamentarischen und studentischen Initiativen. Entscheidender Fehler des SDS in diesem Zusammenhang war, daß es ihr nicht gelungen ist, die universitären Konflikte auf der Bühne des Parlaments rechtzeitig zu aktualisieren und artikulieren, um so die Reaktivität dieses Organes zu überwinden, und zu dessen Politisierung beizutragen. Statt dessen erfolgte eine fast vollkommene Integration der Genossen in die parlamentarische Maschine mit ihrem oberflächlichem, oft nächtelangem Kampf um gleich welch Anträge, der die faktische politische Impotenz dieses Parlaments bald auch nicht mehr vertuschen konnte und deutliche Frustrationserscheinungen bei den Beteiligten hinterlies. Die Trennung und Nichtöffentlichkeit seiner Exikutive, des ASTA, beschleunigte den Prozess der politischen Endfuntionalisierung, an dem nachweislich und wie angedeutet die politischen Parlamentarier, die Genossen, entscheident beteiligt waren.

Auch wenn von diesem Parlament keine weitertreibende politische Praxis zu erwarten war, so müssen wir doch die Frage klären, ob das SP für die politische Organisation als Bühne der Information , Agitation und Propaganda nutzbar ist. Voraussetzung für eine solche Nutzung sind 1. ausreichende Öffentlichkeit bei jeder Sitzung und 2. ein initiativerer Organisationsfluß vom Parlament zur studentischen Öffentlichkeit. Beides war und ist in Hamburg nicht gegeben. Die Öffentlichkeit der Sitzungen übersteigt kaum die Anzahl von 30 Gästen und die laufende Information der Studenten über die Arbeit ihres Parlaments durch ASTA oder der Präsidenten ist seltener als sporadisch. Dieses Missverhältnis zu bessern wäre eine wichtige Aufgabe des SDS gewesen, wär er von der Notwendigkeit der Anwesenheit von mehr als einem nutzend Genossen im Parlament überzeugt. Ein einziges Mal gelang die Herstellung einer großen studentischen Öffentlichkeit, unter deren Druck die SDS-Fraktion dann auch alle ihre Anträge und forderungen durchsetzen konnte, mit dem Ergebnis, daß alle in dieser Sitzung gefällten Entscheidungen durch den Ältestenrat auf betreiben der SB-Reaktion später annulliert wurden.
Das offentsichtliche Desintresse der Studenten an den Parlamentsitzungen liegt neben mangelnder Propaganda zum einem an der ihnen durch die Geschäftsordnung des Parlaments aufgezwungene Konsumentenrolle während der Sitzung, zum andern an der gebotenen frustrierenden Praxis des Parlaments selbst. Die Parlamentarier drehten sich Abend für Abend onanierend im Kreis und für die Parlamentarier blieb schließlich nur die Möglichkeit, auf dem Weg einer rethorischen Qualifikation individuellen Barrieren abzubauen; eine Möglichkeit, von der leider auch viel zu wenig Gebrauch gemacht wurde.
Intern zu kritisieren ist, daß sich die sogenannte SDS-Fraktion eigentlich kooperativ hergestellt hatte. Die Vorbereitung auf die Sitzungen und die Kommunikation während der Sitzungen wurde empfindlich vernachlässigt. Letztlich fehlte das Bewußtsein von der zu erfüllenden Aufgabe, nämlich dieses Parlament zu politisieren und die außerparlamentarischen Aktivitäten bereits auf dieser Ebene vorzubereiten. Sehr schnell entwickelten sich auch innerhalb der Fraktion die üblichen Autoritäten, die in patriachalistischem Gestus die Genossinen des Parlaments an ihrer Eigenentfaltung hinderten und die anderen Genossen durch die permanente Blockade des Mokrophons zur Passivität verurteilten. Von Anfang an hätte die Fraktion des SDS die Gefahren einer Integration und der damit

verbundenen sinnlosen zeitlichen Absorbtion reflektieren müssen, um darauf zu dringen, daß eine gewisse Gleichzeitigkeit der außerparlamentarischen wie innerparlamentarischen Aktivitäten, die allein die Isolation des Parlaments von seiner Basis verhindert hätte, hergestellt wird. Es wäre ferner unsere Aufgabe gewesen, die institutionellen Voraussetzungen des parlamentarische Apparats durch unsere Praxix innerhalb dieses Apparats entscheidend zu verändern, mit dem Ziel, anstelle des bestehenden Persönlichkeitswahlrechts ein politisches Listenwhlrecht durchzusetzen, das die Bildung politischer Fraktionen auf der Basis echter Interessenvertretung ermöglicht, anstelle des freien Mandats ein imperatives Mandat zu institutionalisieren und die permanente Abwählbarkeit der Parlamentarier zu erzwingen, um eine ständige Kontrolle und Einflußnahme der studentischen Öffentlichkeit zu gewährleisten.

Für den SDS gilt es, die Hochschulrevolte voranzutreiben und damit die Demokratisierung von unten tendenziell zu ermöglichen. Die Hauptaufgabe des SDS im Hochschulbereich liegt deshalb aber nicht ausschließlich außerhalb des Parlaments in der Organisation plebiszitärer Aktionen auf der Basis direkt studentischer Kontrolle: das Herstellen nicht parlamentarisch kanalisierter sondern direkter Demokratie mit dem Student als Subjekt von Veränderung. Dieses Ziel läßt sich durch Reflektion einer intensiv geleisteten außerparlamentarischen Hochschulpolitik sicher auch durch die parlamentarischen Hebel verwirklichen, wenn es uns gelingt, diese entsprechend zu verändern, um sie früher oder später überflüssig werden zu lassen zu Gunsten der angestrebten Selbstorganisation.

In ähnlicher Weise, wenn auch auf niedrigerer, aber praktischerer Ebene reproduzierten sich die gleichen institutionellen Schwierigkeiten auf Fachschaftsebene. Der anfänglich sicher hoffnungsvolle Einsatz scheiterte auch hier einerseits an den vorgefundenen und durch mangelnde Initiative der SDSler in den Fachschaften nicht veränderten institutionalisierten Gegebenheiten, andrerseits an der weit fortgeschrittenen und nich überwundenen Isolation der Fachschaften von ihrer studentischen Basis. Die Fachschaftsitzungen entwickelten sich zu Parlamentssitzungen en miniature, bei denen der entscheidende radikale Ansatz einer radikalen materiellen Analyse der Widersprüche und Mißstände innerhalb des speziellen Fachs nicht geleistet wurde. Stattdessen begnügte man sich mit den täglich anfallenden kleinen Aufgaben und einer letztlich wieder fachidiotischen Praxis bei niedrigem Mobilisierungseffekt und massivem Zeitverschleiß. Kritisiert werden muß, daß die Aufgabenstellung der einzelnen Fachschaftsmitglieder nicht kollektiv im SDS gefunden wurde und so eine Einordnung in die Gesamtkonzeption des SDS gesichert war; stattdessen stellte sich die Praxis dieser integrierten SDSler als individualistische, leider oft voluntarische Akte dar, die den Anschein und Anspruch SDS-verbindlicher Aussagen oft zu Unrecht trugen. Wenn wieder die Entscheidung Fachschaftsarbeit ja oder nein- zu fällen ist, wäre zu diskutieREN? OB FÜR DIE Arbeit an der Basis, für die zu leistend Analyse und für das Kalkül aktueller, fachspezifischer Kriesen die Arbeit innerhalb der Fachschaft überhaupft erforderlich ist, oder ob auch mit Rücksicht auf den Zeitgewinn diese Arbeit paralell, d.h. außerhalb der Fachschaft selbst, quasi einer Form von Doppelherrschaft zu projektieren wäre.
Der Kritik einer und mittels der studentischen Institutionen betriebenen Politik des SDS beinhaltet die Auseinandersetzung mit der Problematik der Kritischen Universität, verlangt wegen der unerfreulichen Erfahrungen eine Kritik dieser Kritischen Universität. Die zweisemestrige Praxis der Kritischen Universität hat gezeigt, daß mir B i l l i g u n g der unkritischen Universität sich ein pseudokritisches Reservat etablieren durfte, gerade weil es die bestehende Universität nicht in Frage stellen, geschweige denn zu deren Veränderung beitrug. Anstelle des nötigen Alternativs- besser noch Gegenprogramms formulierte die Kritische Universität das Ersatzprogramm zu den bestehenden Leerstellen der Ausbildungsbetriebes, das seiner gefährlichen integrativen Funktion dann auch voll gerecht werden konnte. Resultat: die universitäre Abendschule, die sämtliche Fehler akademischer Zeitverschwendung reproduzierte. Auf der einen Seite zeigte sich schnell, wie Gewohnheiten Autoritätsbedürfnis und Leistungsdenken bei der Assimilation von Wissen nicht überwunden werden konnte, auf der anderen Seite trat an die Stelle des universitären

der studentische Dozent mit der gleichen autoritären Aura und den gleichen Vermittlungsschwierigkeiten. Die zunehmende Unlust aller Beteiligten an dieser Kanalisation kritischen Potentials ins geschaffene revolutionäre Freigehege führte schließlich zum Zusammenbruch der Kritischen Univer= sität. Für die zukünftige Praxis müssen Wege gefunden werden, die alten Fehler zu vermeiden und der erfolgreichen Umarmungstaktik und Hochjubelei durch die bestehende Universität die Ansätze zu nehmen.

Gegen den unreflektierten Positivismus an allen Wissenschaftsbereichen, der Gesellschaft als unveränderlich begreift und allzu fraglos Daten gleich Norm setzt, stellt die erst zu leistende Kritische Universität ihr gesellschaftsbezogene Verständnis von Wissenschaft. Um die überfällige Analyse der bestehenden Universität mit ökonomischen wie sozialwissen= schaftlichen Instrumentarium zu erstellen, müssen wir uns endlich bemühn um neue Formen der Wissenfindung und -vermittlung und deren adäquate prozes= suale Organisation. Die Möglichkeit kollektiver Denk- und Lernprozesse sind aber nicht vorbestimmbar, aber entwickelbar in der Praxis einer Kritischen Universität. Da wir die erfahrene Dissoziation unbedingt vermeiden müssen, ist es die Haupfaufgabe jedes einelnen Semi= nars, ein Gruppeninteresse in der Projekt= findung und Projektdefinition herzustellen, das die Bedürfnisse der einzelnen Teilnehmer berücksichtigt und eine Identifikation mit dem Projekt und dessen Kooperation erst ermöglicht. Die Sitzung ist methodisches Experiment, das vor allem die eigene Arbeits= weise kritisiert und reflektiert und genügend Zeit findet für die Diskus= sion der Methodenfindung und -veränderung, denn der Konsens darüber ist Vorbedingung der Effizienz des Projekts selbst.

Der nachste praktische Schritt ist, die KU in die traditionellen Lehr= veranstaltungen hineinzutragen um so die alte Universität zu zwingen, kritische Universität zu werden. Diese Präsens mit Mitteln - wie Störung Umfunktionierung und Diskussion oder Gegenseminar, Hearing, Dokumentatio= nen, Flugblatt und Wandzeitung - wird zur Grundlage von Veränderung und zeitigt zudem einen nicht zu unterschätzenden emanzipatorischen Effekt sowohl für die Initiatoren als auch für die Adressaten. Die Unterdrückung im traditionellen Lehrbetrieb kann nur auf diese Weise durchbrochen werden, um dann die Mitentscheidung aller Teilnehmer am Wissenschaftsprozess (der immer ein engagierter ist!) durchzusetzen.
Die Definition Kritische Universität als Möglichkeit der permanenten Ana= lyse des gesellschaftlichen Prozesses und des permanenten Eingreifens in diesen Prozess muß tendenziell praktisch realisiert werden. Ausgehend von der Kritik am fachspezifischen, positiven Wissenschaftsbegriff ist die Analyse und Kritik der gesellschaftlichen Reproduktion der fachspezifischen Wissenschaften - die gesellschaftliche Funktion der Berufspraxis - zu erstellen. Entscheidend ist, daß nicht erst die Ergebnisse der Analyse der Öffentlichkeit vermittelt, sondern daß bereits die Ergebnisfindung öffentlich ist; d.h. daß neben den universitären Initiatoren vom Zeit= punkt der geleisteten Positivismuskritik an bereits die wirklich Betrof= fenen (z.B. Medizin: Patienten; Pädagogik: Schüler; Wehrpsychologie: Soldaten) in das Projekt integriert werden. Daß die Kritische Universität dann nicht mehr Privileg der Studenten sondern grundsätzlich offen für alle gesellschaftlichen Schichten sein muß, ist selbstverständlich. Der Kampfwert der kritischen Universität unter solchen Voraussetzungen als Möglichkeit der Revolutionierung der Hochschule und als Ansatz zur Veränderung von Gesellschaft schlechthin muß überprüft werden und sich niederschlagen in der von uns zu leistenden Strategie.

Massenaktionen des SDS Hamburg

I. Entwicklung von der radikaldemokratischen zur sozialrevolutionären Strategie der Massenaktionen

Traditionelle Massenaktionen wie Demonstrationen, Presseerklärungen, Petitionen hatten die Funktion einen Öffentlichkeitsdruck zu schaffen, der über die Gesetzgebungsorgane sich in Reformen niederschlagen sollte. Vertreter der Aufklärungsdemonstrationen argumentierten: ".... in der Demonstration selbst käme die unnachgiebige Aufforderung zum politischen Handeln, zur Gesetzesinitiative zum Ausdruck, einer Initiative, der sich alle Politiker verschiedenster Coleur solange hätten und würden sich entziehen können, als nicht der 'Druck der Straße', d.h. das in der Aktion sich publizierende und artikulierende mündige 'Volk' zu einen solchen Schritt dränge." (Litten) Damit gingen die Aufklärungsdemonstranten von der Annahme aus, die Volksvertreter seien vom Volk abhängig; ihre ganze Konzeption beruhte auf einem idealistischen Demokratieverständnis.
Bis Mitte 1966 praktizierte der Hamburger SDS diese Aufklärungsdemonstrationen, ohne daß sich den Aktiven die Möglichkeit bot, den Illussionen der Aufklärungsdemonstranten eine Alternative entgegenzusetzen. Mehr aus traditionellem Ritus und zum Zwecke der Mobilisierung veranstaltete man Demonstrationen. Die idealistische Betrachtungsweise der Demokratie (durch die Mehrheit der Engagierten), konfrontiert mit der Wirklichkeit, leitete die radikaldemokratische Phase ein. Die Gewalt des Imperialismus in der Dritten Welt, spzciell der Vietnamkrieg, paßte nicht zu dem Idealbild des 'freien Westens' und seinem demokratischen Selbstverständnis, wie es in das Grundgesetz hineininterpretiert wurde.
Die Aufklärung über den Vietnamkrieg wurde verstärkt und veränderte seine Qualität (vom humanitären Protest zur abstrakten Solidarität mit dem Vietcong). Um an den Adressaten des Protestes heranzukommen, beantragte man für den 4. Juli 1966 einen Demonstrationsmarsch zum amerikanischen Konsulat. Er wurde aus verkehrstechnischen Gründen von der Polizei abgelehnt. Trotzdem fand der Marsch spontan statt. Ein Sitzstreik, der zu einer kurzen Verkehrsstörung führte, wurde durch brutalen Polizeieinsatz aufgelöst. Der Polizeiknüppel setzte einen Lern- und Rationalisierungsprozeß bei den Demonstranten in Gang. Der fortgeschrittenere Teil der Demonstranten erkannte, daß die Ordnungsfunktion brutal gegen ein, dem demokratischen Verständnis nach höherwertigem Rechtsgut und Anliegen, dem Demonstrationsrecht, eingesetzt wurde, sobald durch die effektive Ausnutzung dieses Rechtes die Interessen der Herrschenden tangiert werden. Die Störung der freundschaftlichen Beziehungen zu den USA wurden über den Vorwand der Verkehrsstörung geahndet. Die anderen Demonstranten führten die aufgerissene Problematik noch auf das Versagen einzelner Einsatzleiter zurück.
Der Differenzierungsprozeß, die Entwicklung eines Problembewußtseins über die eigene gesellschaftliche Wirklichkeit innerhalb des kritischen Teils der Demonstranten, hatte wegen fehlender kollektiver Kommunikation und Vermittlung noch keine Auswirkung auf die bisherige Konzeption der Massenaktionen. Das radikaldemokratische Engagement der einzelnen wurde verstärkt, die Aufklärungsdemonstration diente der allgemeinen Mobilisierung und Aufklärung.
Wohl wurde allgemein erkannt, daß die Regelverletzung zu einer größeren Öffentlichkeit führte. Da die Größe der Öffentlichkeit eine wesentliche Rolle spielte, wurde teilweise bewußt, teils unbewußt, teils unbewußt die Provokation als Verstärker der Aufklärung und Mobilisierung eingesetzt. Weitere Impulse erhielten die Massenaktionen als die Berliner Vorfälle eine bundesrepublikanische Öffentlichkeit erreichten; sie werden auch im Rahmen der Hochschulkonzeption des SDS (s. Analyse

der Hochschulpolitik) diskutiert und verarbeitet.
Der Schahbesuch im Juni 1967 wurde zum Anlaß einer systematischen und von breiter Basis getragenen Praxis, in der schon der Schwerpunkt auf der Provokation lag. Das Problem der Dritten Welt konnte über die Person des Schahs aktualisiert werden und erreichte durch intensive Information eine größere Öffentlichkeit. Die vom SDS durchgeführten Provokationen liefen noch im legalen Rahmen ab (so findet das Schahhappening in einer legalen Kundgebung statt). Sie verfolgten den Zweck, durch eine sich eskalierende Agitation die Massen zu Demonstrationen während des Schahbesuchs zu veranlassen. In der Praxis wilder Demonstrationen unerfahren und konzeptionslos, überließ der SDS am Tag des Schahbesuchs die Demonstranten sich selbst. So wurden spontane Demonstrationen niedergeknüppelt und Demonstranten verhaftet.
Die Reaktion der Polizei, Presse, Parteien und Administration auf die Protestaktionen wurde zum Lehrstück für die Engagierten.
Die Wirkung der Praxis richtet sich den die Engagierten; unter dem Vorwand, daß sie verschwörerisch die Staatsordnung gefährden und mühsam erzielte Aufbauleistungen des Volkes bedrohen, wurden sie zu anmaßenden, radikalen Randgruppen stilisiert. Auf sie konnte die tatsächlich herrschende Minorität gefahrlos die Aggression der Mehrheit lenken.
In radikaldemokratischer Manier wurden nun alle Register gezogen -Flugblattaufklärung, Pressekonferenz, Zeugenveröffentlichungen, Schweigemarsch. "Der unmittelbare politische Stimulus für die Aufgebrachtheit und Aktivität der Studenten war die allen sichtbare - und sie jetzt unmittelbar betreffende - Differenz zwischen den tatsächlichen Ereignissen und der Berichterstattung, besonders der Springerpresse." (BV)
Mit einer gewaltigen Aufklärungskampagne nach außen, sollte ein Öffentlichkeitsdruck geschaffen werden, der endlich Änderungen zeitigen sollte. Die Verantwortlichen sollten zurücktreten!
Die Wirkungslosigkeit dieser Anstrengung machte zur allgemeinen Erfahrung, daß Aufklärungsdemonstrationen als Mittel zur Veränderung gesellschaftlicher Zustände eine Illusion waren. Ein neues Konzept war nicht in Sicht. Doch wurden "durch die Ereignisse von ... (Hamburg) eine größere Anzahl von Studenten als je zuvor eben nicht nur zur Meinungsabgabe oder Akklamation bewegt, sondern es kamen die Studenten', die sonst nur Objekt politischer Aufklärung und Agitation sind, in Bewegung; zwar notwendigerweise wegen der Beschränktheit des politischen Anlasses nur für eine beschränkte Zeitspanne, aber doch in eine Bewegung, die die Studenten nicht unverändert zurückließ. Daß diese Bewegung latent vorhanden und jederzeit bei entsprechendem Anlass - dann leichter (umfassender und politischer) mobilisierbar wurde, zeigte die weitere Entwicklung." (BV)
Der BV des SDS läßt verlauten: "Die Brutalität der Herrschenden und der Verlauf der Protestaktionen zeigen, daß nur präzise und wissenschaftliche Aufklärung und systematische, auf Dauer gestellte politischen Aktionen, die Kraft zu schaffen vermögen, die schließlich undemokratische und unmenschliche Herrschaftsverhältnisse überwinden."
Der Schwerpunkt der Aktionen wurde damit von einer allgemeinen Aufklärung auf die Mobilisierung von 2 - 3000 Studenten gelegt. Viele - auch im SDS - hielten die Präzisierung der alten Aufklärungskonzeption schon für eine neue - doch man hatte die alte ja nur reproduziert; denn die Strategie der Transformation blieb ungewiß.
In einer Aktion gegen Ende des SS 1967 ging der fortgeschrittenste Teil des SDS dazu über, die Beseitigung eines Mißstandes selbst zu vollziehen. Es wurde nicht mehr versucht über Druck auf die Universitätsbürokratie ein schon lange mißliebiges Symbol des Kolonialismus - das Wissmanndenkmal - zu beseitigen, man legte ganz öffentlich selbst Hand an. Der Schritt vom Protest zum

Widerstand wurde ansatzweise vollzogen und durch die Praxis damit eine Transformationsmöglichkeit von unten angedeutet. In dieser Phase organisierte sich der SDS Hamburg entsprechend dem vorherrschenden radikaldemokratischen, anti-autoritären Verständnis nach um, gegen den heftigen Widerstand der sog. Sozialisten. Vorstand und einsemestrige MV werden durch ein Führungs-(Arbeits)kollektiv und wöchentliches jour-fix abgelöst.
Anfang des WS 67/68 wurde die Aufklärung durch Aktionen im Bereich der Hochschule aufgenommen. Die gestörte Rektoratsfeier wurde Ausgangspunkt verstärkter Provokationen. Die Basiserweiterung gelang sprunghaft, da Provokation und folgende Reaktion massenhafte Lernprozesse ermöglichten. Der SDS war aber Anfang des Semesters nicht in der Lage diesem Differenzierungsprozeß innerhalb der Universität eine zusammenhängende theoretische Grundlage zu geben und die hinter den versinkenden Autoritäten tatsächlich wirkenden Kräfte sichtbar zu machen. Diese Analyse wurde von einem aus Bonn zurückgestoßenen Genossen dann doch noch gegen Ende der ersten Semesterhälfte in groben Zügen geliefert. Aufbauend auf der Analyse wurden die alten Ansätze zu einer neuen Strategie der Transformation systematisiert. Es heißt da: " Der treibende Motor sind wir, die Studenten. Wir wissen, daß die uns entgegenstehenden institutionellen Schranken nicht durch Verhandlungen zu beseitigen sind. Unsere Waffe ist nicht mehr der kritische Dialog mit den Ordinarien, sondern die direkte Aktion, durch die wir die reaktionäre Hochschulordnung so lange übertreten, bis keiner der Betroffenen sie mehr als existent betrachtet. Auf der Plattform direkter Demokratie fällen wir unsere Entscheidungen; was auf Vollversammlungen und teach-ins beschlossen wird, realisieren wir sofort auf möglichst breiter Basis. Dabei entstehen neue studentische Organisationsformen, die der direkten Kontrolle aller Studenten unterstehen. Denn die Erfahrung hat uns gelehrt: nur auf breiter studentischer Basis läßt sich die Feudaluniversität beseitigen, nicht durch Verhandlungen auf dem bisherigen traditionellen Weg." (SDS Hochschulkonzeption)

II. Schwierigkeiten und Mängel der Hamburger SDS-Gruppe bezüglich der neuen Praxis.

Die durch Aktionen mobilisierten Studenten waren tendenziell immer in zwei Lager gespalten: eine Gruppierung, Aufklärung und Mobilisierung als taktisches Mittel einsetzten; die andere Gruppe, die zunächst mobilisierten mit nur vagen Vorstellungen von Transformationsmöglichkeiten.

Als die zweite Gruppe ihre ersten Ansätze für die neue Strategie erarbeitete und zu praktizieren versuchte, kam es für sie vor allem darauf an, ihre Konzeption den schon Mobilisierten zu vermitteln. Die Vermittlung innerhalb des SDS gelang nur partiell, die individuellen Schwierigkeiten (Arbeitshemmung, Artukulationsschwieirgkeiten usw.) waren infolge des Aktionsdruck weder reflektierbar noch lösbar. Die Schwäche der Gruppe begünstigte die Herausbildung einer neuen Autoritätsstruktur, die zu einer kaum korrigierbaren Praxis führte, da das Führungskollektiv und jour.fix zu Erfüllungs- und Akklamationorganen wurden. Da die Politik des SDS aber nicht durchweg von der neuen Konzeption bestimmt war- so ließ man sich beispielsweise auf Vollversammlungen auf radikaldemokratische Kompromisse ein - war die Vermittlung durch Praxis erheblich eingeschränkt.
Ein weiteres Problem taucht da auf, wo es zwar gelingt - wie in der Wenke-Aktion - die Konzeption partiell vor aller Augen beispielhaft sichtbar zu machen und die strukturelle Veränderung durch die Basis zu vollziehen, wo sie inhaltlich aber nochnicht geleistet werden kann. Anstatt die Prozeßhaftigkeit dieser neuen Politik zu erklären und aufzuzeigen, daß entsprechend der strukturellen Veränderung die konsequent inhaltliche geleistet werden muß, wurde anmaßend ein neuer Wenke in der Person Oberlercher kreiert. Die Vermittlungs-

schwierigkeiten wurden gar nicht gesehen, die Reflexion wurde durch Aktion und Aggression verdrängt zum Schaden der Sache. Der partielle Erfolg im Fall Wenke ist auf das personalistische Vorgehen weit mehr zurückzuführen als auf eine bewußt verstandene und praktizierte Strategie. Die Diskussionen über eine entpersonalisierte Politik zeigte im Fall Wenke noch keinen Niederschlag, während im Fall Hoffstädter Ansätze geschaffen wurden, von der Kritik der Person Hoffstädters zu einer Kritik an der Positiven Psychologie überzuleiten. Die Differenz zwischen der reformistischen Position und dem hier aufgeführten sozial-revolutionären Ansatz (direkte Veränderung) wurde in dieser hochschulpolitischen Phase zum offenen Konflikt zwischen SHB und SDS. Über Distanzierung und bewußte Abwiegelung der Mobilisierten versuchte Litten seine Verhandlungspolitik zu retten. Damit setzte ein Machtkampf zwischen den engagierten Studenten ein, dem die Universitätsbürokratie nur schadenfroh zusehen konnte.
Im permanenten Sturm der Aktionen kumulierte sich der Lernprozeß der Engagierten bis zu dem Punkt, wo mittels der alten Strategie keine Praxis mehr möglich war. Keine Erfolge in Aussicht, frustriert, blieben immer mehr den weiteren Aktionen fern, die reine Mobilisierung schlaffte ab, fast unbemerkt vom rotierenden Kern des SDS.
Nicht etwa der sozial-revolutionäre Ansatzpunkt der neuen Strategie führte zu geringem Erfolg, sondern

1) Schwierigkeiten, diese Konzeption zu vermitteln und so die individuellen Konflikte der Genossen in der theoretischen und praktischen Arbeit zu überwinden;
2) der Aktionsdruck und die durch ihn bedingte Autoritätsstruktur innerhalb der Gruppe;
3) die Sprache und Abstraktionsebene (viele Begriffe unterlagen dem Ideologieverdacht; der hohe Abstraktionsgrad wurde als Pauschalisierung abgetan);
4) die Art und Weise der Auseinandersetzung, die personalistisch statt sachlich geführt wurde;
5) der Bewußtseinsstand der meisten Studenten, der sofort neue konkrete Inhalte verlangte, die natürlich nicht geleistet werden konnten.

All diese Mängel waren infolge des überraschenden Anfangsspektakels verdeckt geblieben; sie führten zu einer Zunahme der Mängel und Erfolglosigkeit und zur Spaltung der Studenten. Man hatte das ursprüngliche Ziel, die Mobilisierung von 2000 Studenten schon relativ früh erreicht, und hätte dann in ein konsolidierende Phase eintreten müssen, zur Erarbeitung der Bedingungen und materiellen Voraussetzung der Transformation.

III
Der politische Stellenwert von Massenaktionen außerhalb der Universität am Beispiel Springer und Notstand.

a) Die Springeraktionen
Die Kampagne "Enteignet Springer" wurde aus der unmittelbaren Bedrohung der oppositionellen Bewegung geboren, die Springer nach dem 2. Juni 67 auslöste und systematisch eskalierte. In Westberlin und Westdeutschland wurde konsequente Opposition zum kriminellen Delikt; selbstbewußte Minoritäten wurden für vogelfrei erklärt. Durch die Monopolisierung der Presse wurde Presse- und Meinungsfreiheit zunehmend manipulativ paralysiert. Der Springer-Konzern ist nicht Symbol, sondern realer Motor und Schlüsselfigur, die Massen mit grober wie auch unmerklicher Manipulation unmündig zu halten, sie mit der Rafinesse des Anpassungsjournalismus blind an Vorurteile und Klischees zu binden.
An die Notwehrkampagne gegen Springer knüpften die Studenten die Hoffnung, durch die Zerschlagung der Manipulationszentrale auch die Isolierung der Bewegung zu überwinden.

Die Konzeption war wie folgt abgesteckt: im Herbst 67 Aufklärungsaktionen (teach-in, Flugblätter) im universitären Bereich; in der zweiten Phase kleine Gegenzeitungen (schichten-, brachen- und topographisch-spezifische Gegenzeitungen) = die Entfaltung vielfältiger "Uröffentlichkeit" und dann Anfang des Jahres 68 das Springer-Tribunal in Berlin, die Konzentration dieser dezentralisierten Kampagne und Ausgangspunkt für größere Verweigerungs- und Blockadeaktionen.
In Hamburg lief die Kampagne mit umfangreichen Schmieraktionen "Enteignet Springer" und der Herausgabe einer "Gegen-Bildzeitung" zügig an. Kleine Provokationen am Abendblatt-Stand auf dem Flohmarkt, Demonstrationen vor dem Hotel Atlantik anläßlich einer Springerrede schafften eine größere Öffentlichkeit. Das bisher über Vietnam, Notstands- und Hochschulaktionen mobilisierte Potential entwickelte genügend Problembewußtsein, so daß es Anfang 68 im Anschluß an eine Vietnamkundgebung zum ersten spontanen, ungeplanten Blockadeversuch am Springerhaus kam. Insgesamt war das Aufklärungsmaterial für die Springerkampagne aber dürftig geblieben, da in Hamburg nichts erarbeitet wurde und man sich auf Berlin verließ. In Berlin hatten die Vorarbeiten aber zu Ergebnissen geführt, die die Springerkampagne in Frage stellten. So stellte Lefevre noch vor Ostern fest: "Der studentische Arbeitskreis der KU, der das Tribunal vorbereitete, brachte es in seiner analytischen Arbeit bis zu dem Punkt, von dem hier genau anzugeben war, warum das Tribunal unter den bislang von der Kampagne "Enteignet Springer" geschaffenen politischen Bedingungen sinnlos ist; von dem her also die von dieser Kampagne zu schaffenden Bedingungen analysiert werden konnten. Diese Bedingungen lassen sich - verkürzt - in der Formulierung eines einzigen Zusammenhangs resümieren: daß die einzelnen Schichten der Arbeiter und Angestellten - genau wie die Studenten - sich erst dann am Kampf gegen ihre sozialen und politischen Kämpfe (nicht Vorstellungen) entgegentreten.
Die Kampagne "Enteignet Springer" bleibt also - wie alle Ein-Punkt-Bewegungen- relativ wirkungslos, solange sie nicht die gemeinsame Bewegung solcher gesellschaftlichen Gruppen ist, für die uns aus den konkreten Kampfsnstrengungen in ihren sozialen Bereichen heraus ein praktisches Bedürfnis, eine Notwendigkeit ihrer Praxis ist, den Springer-Konzern zu zerschlagen. Als Ersatz für den Kampf in den spezifischen sozialen Bereichen der einzelnen Schichten ist die Kampagne "Enteignet Springer" unbrauchbar."
D.h. also, Massenaktionen, die von der Situation und den Bedürfnissen der Studenten ausgehen, sind dann für andere soziale Bereiche im wesentlichen wirkungslos, wenn sie in den Bedingungen von diesen Bereichen abweichen.
Werden solche Massenaktionen ungeachtet dessen daß eben ihre entscheidenden politischen Bedingungen nicht erarbeitet werden, auf ein technisches Offensiv-Niveau eskaliert, so kann das die Zerschlagung der Opposition einleiten.
Den Springeraktionen zu Ostern fehlte genau die oben aufgezeigte Voraussetzung: die emotionale Reaktion vor dem Hintergrund der richtigen Einsicht, daß gerade Springers Manipulationen zu dem Attentat an Dutschke führten, war ihre Grundlage, nicht aber eine Bedingungsanalyse. Die später aufgestellte These - daß die eigene Vermittlung (zu anderen sozialen Bereichen) über den Widerstand und die Gewalt anläßlich der Springerblockade möglich und geschehen sei, wird von empirisch dürftigen Beweisen getragen. Nur ein geringer Teil an jungen Arbeitern konnte mobilisiert werden. Aufgrund der Bewußtseinslage der Garde und der Vermittlungsschwierigkeiten der Avantgarde war die Parole nach Gewalt, nach Bewaffnung gegen die Polizei falsch. "Nichts hätte man schlechter durchstehen können als eine direkte Kraftprobe mit der in groteskem Verhältnis militärisch überlegener Polizei". In der Phase, in der der Staatsapparat zu einer neuen Strategie übergeht -"vom Knüppel zum Knast"- potenzieren sich die Fehler der Vergangenheit. Die alte Bewußtseinslage und Vermittlungsschwierigkeit in der Anti-Springer-Aktion reproduzierten sich zwangsläufig bei der Verantwortung dieser Aktion im Kampf mit der Justiz.

Berichte über Arbeiterkontakte (Hamburg)

Projekt Kampnagel.

Von der drohenden Schließung des Kampnagelbetriebes (Februar 1968) und der damit verbundenen Entlassung von 1200 Arbeitern erfuhren wir erst aus der Zeitung: laut Hamb. Abendblatt mußte wegen der "schwierigen Lage auf dem Stahlmarkt" die Produktion auf diesem Bereich eingestellt werden. Informationen des "Blinkfuer" (KP-nahe) und eigenen Nachforschungen sowohl im Welt-Wirtschafts-Archiv als auch per Kontakt mit einigen Werksangehörigen ergaben, daß der DEMAG-Konzern die Firma Kampnagel - ein ehemaliges Konkurrenzunternehmen- angekauft hatte zum Zwecke der Stillegung. Die ersten wichtigen Schritte hierzu waren bereits getan, die Stillegungsabsicht derweil bestritten: der Konzern hatte den traditionsreichen Firmennamen, Kundenbeziehungen, Patente und wesentliche Maschinen hinterrücks verschachert oder auf . DEMAG-eigene Werke im Ruhrgebiet oder Spanien übertragen. Das Werksgelände sollte einer, mit dem Kranbau nicht konkurrierenden Produktion, vermacht werden. Der Betriebsrat war völlig überrascht, und nach einem kurzen wilden Streik von 300 Betriebsangehörigen, lehnte er die ihm angebotenen Vorschläge zur "sozialen Regelung" ab. Sie bestanden darin, den langjährigen Mitarbeitern 20,- DM pro gearbeitetes Jahr auszuzahlen, plus Auszahlung des Grundlohns bis zum Ende des Jahres 68. Unter diesen Bedingungen sah der SDS eine Chance, seine Arbeiterkontakte erfolgreicher herzustellen.

Ohne bisherige Verbindung, von der Aktualität gedrängt, eröffnete der SDS eine Flugblattoffensive vor den Werkstoren der Firma Kampnagel. Wir verteilten Flugblätter, lächelten freundlich bis mitleidsvoll, ließen die Landhaarigen zuhause, schickten die Mädchen vor, bezeichneten uns im Impressum "Gewerkschaftl. Studt.Gruppe" bis "Aktionsgemeinschaft zur Erhaltung der Kampnagelbetriebe" - aber nie als SDS. Unser Plan bestand darin, den Arbeitern die Notwendigkeit ihrer Selbstinitiative, der Besetzung und Übernahme ihres Betriebes klarzumachen. Unser 1. Flugblatt jedoch attaktierte in erster Linie den Wirtschaftssenator und dessen unterlassene bzw. problemverschleiernde Initiative. Man glaubte, so besser am Verständnis des Arbeiters anzusetzen, sein Vertrauen und Interesse gewinnen zu können, um dann durchzuziehen, die erfolgreichen Druck auf den Konzern ausüben und somit beispielhaften Charakter für weitere Arbeiteragitation haben sollte.

Die Reaktion auf unsere Aktivität war massiv: Springerpresse, Senat SPD, Gewerkschaft und Betriebsrat diffamierten die"Einmischung" des SDS, der Kommunisten und Linksradikalen, um jegliche Mobilisierung abzuwenden, die sich unmittelbar auch gegen diese Organisationen hätte wenden müssen.

Weiterhin bewirkte unsere Flugblattoffensive verstärkte Aktivitäten der Etablierten. Der Senat befürchtete sichtlich eine Verstärkung der Unruhen und leitete Maßnahmen zur Beruhigung durch Verhandlungen mit der Konzern-Leitung ein, die wir in unseren folgenden Flugblättern scharf kritisierten. Alternativ propagierten wir die Enteignung der Firma Kamonagel, In einer geplanten Informationsveranstaltung hofften wir, eine den Protest festigende Analyse und Vermittlung der Fakten leisten zu können. In Diskussionen beim Verteilen der Flugblätter und anschließend in Kneipen stellte sich das Bewußtsein der Arbeiter als äußerst lethargisch dar, wenn es darum ging, ihre Angst um den Arbeitsplatz in Kritik -geschweige Praxis - gegen das Unternehmen umzuleiten. Alle bedauerten die fehlende Solitarität untereinander, suchten entweder eilends einen neuen Arbeitsplatz oder aber glaubten nicht an eine Schließung (so besonders die Älteren). Aggression gegen die Angestellten wurde laut, aber das Vertrauen in den Betriebsrat war unerschütterlich , der geleistet Streik wurde als Stärkung dieses Organs verstanden.

Der Höhepunkt unserer Arbeit - die erwähnte Informationsveranstaltung und eine Kampnagel-Betriebszeitung - verlief enttäuschend.
Es kam - trotz oder wegen einiger Schmierparolen in der Umgebung - nur circa 5 Arbeiter und 2o Angestellte (die wir kaum angesprochen hatten). Von den Angestellten, (teilweise aus dem Personalbüro), vertraten einige das Firmeninteresse, - damit verhinderten diese in gewisser Wise eine aktivere Beteiligung der anderen an der Diskussion - man wurde vorsichtig. Eine Jugendgruppe aus dem Betrieb- die Interesse zeigte- überließen wir einigen Traditionalisten der SDS, die nach bewährter Manier demobilisierten.

Die weitere kurzfristige Entwicklung ließ dann klar erkennen, daß der Senat sich ganz stark gemacht hatte, -der Betrieb wurde nicht stillgelegt, er ging in Staats-Eigentum über.
Nur wenige ältere Arbeiter wurden vorzeitig pensioniert. Die Kontakte brachen sofort ab, da die nachlassende Aktualität auch unsere Bemühungen einschlafen ließ.

Berichte über Arbeiterkontakte (Hamburg)

1. Arbeiterauschuß Hamburger Arbeiter, Studenten und Schüler

Der Arbeitsausschuß wurde wenige Tage nach den Osterdemonstrationen, am 18.4.68 durch SDS Iniative gegründet. Er bestand etwa bis zu den Aktionen zur 3. Lesung der NS-Gesetze und gab in dieser Zeit ca. 15 Flugblätter (Auflage jeweils 6 - 8000 Stck.)heraus, die im Gebiet des Hafens verteilt wurden.
Allgemeines Konzept: Nach den Aktionen gegen Springer sah sich der SDS vor zwei Probleme gestellt,

a) Durch die Aktionen hatte sich der Kreis der Symathisanten stark vergrößert. Eine Integration dieser Gruppe, die zum großen Teil aus Nicht-Studenten bestand, in den SDS stieß auf Schwierigkeiten.
b) Die Reaktion des Staatsapparates liessen zur Zeit ein Verbot des des SDS als möglich erscheinen. Das Konzept vieler selbstständiger Arbeits- und Basisgruppen sollte beide Probleme lösen. Als Möglichkeit der Selbstorganisation sollte den Symathiesanten die Gegelengenheit gegeben werden Keimzellen zu eigener politischer Praxis an ihrer jeweiligen sozialen Basis zu bilden. Zugleich hätte der SDS bei einem Verbot die Möglichkeit gehabt, in diesen dezentrialisierten Gruppen weiterzuarbeiten.

Inhaltliches Konzept: Der Arbeitsausschuß hatte sich ersteinmal zur Aufgabe gestellt eine Art "Gegen-Bildzeitung" in Flugblattform dem Springerleser zu liefern. Verfälschungen und Manipulationen sollten dem Konsumenten der Springerpresse sichtbar gemacht werden und zwar täglich, als Kommentar und Gegenüberstellung auf einem Flugblatt.
Organisatorisches Konzept: Der Arbeitsausschuß, der bei seiner Gründung über 30 Personen umfaßte, teilte sich in eine Redaktions-, eine Finanzierungs- und eine Verteilergruppe . Wöchentliche Vollversammlungen sollten der Diskussion und weiteren Planung dienen.
Das inhaltiche Konzept erschien bald als unbefriedigend. Tägliche Nachtarbeit für Redaktion und Druckgruppe; die um Mitternacht erscheinende Bildzeitung mußte analysiert, das Flugblatt redigiert und gedruckt werden. Es erwies sich auch als schwierig, täglich grobe Manipulation aufzudecken. Diese Praxis erschien der Redaktionsgruppe als zu reaktiv Bild bezogen. Da es das Ziel war, kritisches Bewußtsein bei der Arbeiterschaft zu wecken, versuchte man bei den täglichen Problemen und Bedürfnissen anzusetzen. Hier machte sich sehr schnell der mangelnde Kontakt zum Adressaten bemerkbar, ebenso die Schwierigkeit, größere Zusammenhänge, die nur von wenigen SDS-Genossen in der Redaktionsgruppe geleistet werden konnten, in Flugblattform für Arbeiter verständlich zu machen. In diesen Schwierigkeiten zeigten sich auch die Mängel der organisatorischen Konzeption. Das arbeitsteilige Vorgehen, die am Anfang sinnvoll war, um überhaupt effektiv zu arbeiten, hatte Über- und Unterordnungsverhältnisse zur Folge. Es hatte sich der "Braintrust" der Redaktion gegenüber dem Fußvolk der Verteiler verselbstständigt, die Finanzierungsgruppe verlor jeglichen Kontakt, da sie am Produktions- und Verteilungsprozeß nicht beteiligt war. Die Folge war ein rapider Mitgliederverlust, vor allem blieben die Verteiler frustriert der Arbeit fern.
Der verbliebene Rest versuchte durch lange Diskussionen die Schwierigkeiten zu beheben, die mühsamer werdende Druckpraxis wurde teilweise ganz eingestellt. Umfrageaktionen sollten den mangelnden Adressatenkontakt aufheben, blieben aber völlig erfolglos. Ein Vorschlag, durch die Abschaffung der Arbeitsteilung die Entfremdung aufzuheben, konnte sich nicht mehr auswirken, da die Notstandsaktionen den letzten aktiven Kern aufsogen. Einige Mitglieder des Ausschusses arbeiten jetzt im SDS aktiv mit.

Die Entwicklung des SDAJ-Landesverbandes Hamburg bezüglich der Kontakte zum SDS

Nach der Gründung der SDAJ war man im LV-Hamburg zunächst voll damit beschäftigt, die sich häufenden räumlichen und organisatorischen Probleme zu lösen.
Schon bei der Konstituierung war es gelungen, aus der Masse der demonstrierenden Jugendlichen eine relativ große Zahl für die Interessen des Verbandes zu gewinnen.
Um die Zentrale zu entlasten, bildeten sich für die rund 2oo Mitglieder 8 Ortsgruppen, in welchem man vorerst versuchte, auf ziemlich laienhafte Weise seine Vorstellung eines Marxismus-Leninismus und der kapitalistischen Gesellschaft zu interpretieren. Außer dem 25 Personen umfassenden Landesvorstand, dessen Mitglieder sich vor ihrer Funktion in der SDAJ in anderen sozialistischen Jugendverbänden (FDJ, Falken) sowie auch in der KPD durch starke politische Aktivität exponiert haben, rekrutierte sich die SDAJ hauptsächlich aus Lehrlingen und Jungarbeitern, welche zwar die Notwendigkeit einer sozialistischen Revolution erkannten, aber meist nicht in der Lage waren, ihre politische Einstellung fundiert zu artikulieren.
Die öffentlichen Aktionen der SDAJ-Hamburg beschränkten sich daher nur auf Teilnahme an Demonstrationen (zur Wiederzulassung der KPD) sowie der Sprengung von NPD-Veranstaltungen.
Eingehend auf das in der Basis bestehende Verlangen nach Durchführung rationaler politischer Diskussionen - möglicherweise durch enge Zusammenarbeit mit dem SDS - gab der Landesvorstand seine Zustimmung zu einer Kontaktaufnahme, betonte jedoch dabei, daß man grundsätzlich bereit sei, mit allen Gruppen der APO zusammenzuarbeiten.
Tatsächlich hatte man in der SDAJ-Führung bereits konkrete Vorstellung eines Modells der politischen Schulung der Basis in Form von Wochend-Seminaren ausgearbeitet, welches sich in seiner Gesamtkonzeption mit dem Schulungs-Modell der FDJ indentifizierte.
Die dominierende Funktion der SDAJ als Transformator bei einer Emanzipation der arbeitenden Jugend wurde vom SDS weitgehend richtig eingeschätzt. Um jedoch eine Isolierung bei der immer transparenter werdenden traditionellen Politik der SDAJ unter den Jugendlichen zu verhindern, versuchte man den Gedanken einer Doppel-Mitgliedschaft SDS-SDAJ zu konkretisieren. Bei den Diskussionen des SDS mit der SDAJ konnte man jedoch sehr schnell erkennen, daß die "Autoritären" nicht bereit waren, ihre orthodoxe Vorstellung dex Marxismus-Leninismus zu überdenken oder Kritik an ihrer Organisation zu tolerieren.
Die erzielte Einigkeit - eine punktuelle Zusammenarbeit - wurde in einigen kleinen gemeinsamen Aktionen verwirklicht. (Flugblattverteilung, Thälmann-Straßenbemalung, Geldsammlung für RC-Rechtshilfefond, Vietnam-Filmaktion).
Die Reaktion des SDAJ-Landesvorstandes Hamburg bei der Besetzung der CSSR (die Meinung der kompetentesten Inspiratoren deckte sich vollständig mit der des 'Neuen Deutschland'), sowie eine sich - durch diese dogmatische Haltung beschleunigte - ausbreitende Frustration unter den Mitgliedern konkretisierte endgültige die befürchtete Isolation.
Dennoch versuchte man weiterhin, in der Basis die Meinung zu bilden, der SDS sei unfähig zu funktionieren, da er sich durch seine Undiszipliniertheit selber lahmlege.
Während man bei der CSSR-Krise die gesamte westliche Presse als 'konterrevulotinär' und 'imperialistisch verseucht' ablehnte, dienten die Berichte von der DK des SDS diesmal als Beweis der diffusen, chaotischen Zustände, ja der totalen Auflösung des SDS. Die Bereitwilligkeit zu punktuellen Zusammenarbeit wurde durch die endgültige Inaktivität der Beteiligten an Aktionen und Arbeitskreisen zur Farce. Die Isolation wurde perfekt.

BERICHTE ÜBER ARBEITERKONTAKTE (HAMBURG)

2. Hamburger Arbeiter und Studenten Ausschuß (HASA)

Für den entschiedenen Teil der oppositionellen Studentenbewegung war die Notstandskampagne ein Vehikel, um die eigene Isolation zu durchbrechen.- Hier bestand nicht die Illusion, man könne durch eine breit angelegte Protestbewegung von Studenten und Arbeitern die Notstandsgesetze verhindern. Durch die Kampagne gegen die Notstandsverfassung wurden Massen von Studenten mobilisiert; darüber hinaus wurden erstmals weitere Kreise der Bevölkerung in die radikal-demokratische Oppositionsbewegung hineingezogen. Wir sahen unsere Aufgabe darin, daß durch Hochschulstreiks freiwerdende Potential oppositioneller Studenten für die Agitation relevanter Teile der Arbeiterschaft einzusetzen, um auf diesem Wege den gewerkschaftlich-politischen Kampf in bestimmten Betrieben und Branchen zu aktivieren (Metallverarbeitende Industrie, Hafenindustrie).
Vorläufer des HASA (Hamburger Arbeiter und Studenten Ausschuß) war der "Arbeitsausschuß Hamburger Arbeiter, Studenten und Schüler", der seit dem 18. April im Hafengebiet durch tägliche Flugblätter und direkte Diskussionen mit Arbeitern der Diffamierung der Studentenbewegung durch die Springer-Presse entgegenwirkte. Die dabei gewonnenen Kontakte zu einzelnen Vertrauensleuten eröffneten die Aussicht auf fruchtbare Kooperationsmöglichkeiten mit den unteren Funktionärsgruppen der Gewerkschaften.
Aus dieser Perspektive erklärt sich unsere Bereitschaft, in dem Aktionsausschuß mitzuarbeiten, der am 15. Mai in einer Studentenversammlung mit dem Ziel gegründet wurde, die Zusammenarbeit zwischen dem DGB Hamburg und der Studentenschaft im Hinblick auf die bevorstehende Verabschiedung der Notstandsgesetze zu intensivieren. Schon in der ersten Sitzung zeigte es sich, daß die DGB-Führung nicht bereit war, den Widerstand gegen die Notstandsgesetze durch Streiks und Protestaktionen zu konkretisieren. Der ASTA bewährte sich als Erfüllungsgehilfe sozialdemokratischer Administration, indem er parallel zur DGB-Führung sich aus der Arbeit der Gruppe zurückzog. Der DGB-Kreisvorstand übte massiven Druch auf seine Funktionäre aus; der ASTA sperrte den oppositionellen Studenten die Arbeitsräume. Gleichwohl hielt der gemeinsame Widerstand gegen die Notstandsverfassung Studenten und einzelne Betriebsräte und Vertrauensleute zusammen, so daß sie, als neukonstituierte Gruppe (HASA), ihre Arbeit fortsetzen konnten. Sie trieben die Agitation auf zwei Ebenen voran: die Arbeitervertreter agitierten die Vertrauensleute und Betriebsräte, die Studenten agitierten durch Flugblattaktionen, Diskussionen und Straßentheater die Arbeitermassen einzelner Betriebe.
Bald jedoch zeigten sich die Grenzen dieser Aktionsgemeinschaft. Der auf die Notstandsgesetze fixierten, betriebsfernen Agitation gelang kein nennenswerter Einbruch in die Belegschaften; so konnten die Vertrauensleute gegen den Druck der DGB-Führung keine Streikbewegung organisieren. Es blieb bei den traditionellen, im übrigen ja auch für den Einpunktprotest adäquatesten Formen der Massendemonstration (8000 vor dem Schumacher-Haus, 800 in Bramfek, 80 in Altona). Nach der Verabschiedung der Notstandsgesetze erlosch die Aktivität der Gruppe.

GEGEN DEN JUSTIZTERROR

I. Die Prozeßwelle gegen Vietnam- und Springer-Demonstranten ist die Reaktion der Herrschenden und des von ihnen beherrschten Staatsapparats, die erstmalig eine wirkliche ernsthafte Bedrohung für den SDS und die APO darstellt. Blieben Bewußtseinsterror der Springerpresse und Knüppelterror der Polizei ihren Intentionen nach defensiv gegen eine Ausweitung der antiautoritären Bewegung gerichtet, so ist die Prozeßwelle eine agressive Bedrohung der bürgerlichen Existenz der einzelnen Angeklagten: Längere Haft, Abbruch der Ausbildung, Auflösung von Arbeitsverhältnissen.

Die Organisation eines wirksamen Widerstandes gegen diese Gewalttätigkeiten des Staatsapparats bereitet erhebliche Schwierigkeiten. Auf zweierlei ist hinzuwirken: Zum einen Hilfe für den Angeklagten, zum anderen Ausnutzung der Möglichkeit, angesichts der - wenn auch ideologisch verschleierten - Gewalttätigkeit des Herrschaftsapparats breiten Kreisen ihre eigene Unterdrücktheit zu verdeutlichen und somit Solidarisierungsprozesse zu erzeugen.

II. Auf der 23. o.DK des SDS wurden drei Arten von Aktivitäten erörtert:

1. Politische Demonstrationen vor Gericht
2. Verhaltensverunsicherungen des Gerichts durch begrenzte Regelverletzungen.
3. Argumentative Verunsicherung des Gerichts.

Die beiden ersten Aktionsformen helfen dem Angeklagten nicht, sondern setzen ihn sogar der Gefahr verschärfter Disziplinierung aus. Werden sie von den Zuschauern ausgeführt, so wird regelmäßig nur der "harte Kern" dazu imstande sein. Dieser läuft bei den nahezu zwangsläufigen Festnahmen mit anschließenden Strafverfahren wegen Hausfriedensbruchs die Gefahr, die Misere der gegenwärtigen Prozeßwelle zu reproduzieren und damit auf die Dauer seine Selbstausschaltung zu betreiben. Spektakuläre Aktionen im Gericht haben aber immerhin Aussichten, an die Öffentlichkeit zu dringen, wenn auch durch die bürgerliche Konsumpresse gefiltert. Politisches Bewußtsein erzeugen diese Berichte kaum, eine wirksame Solidarität mit Sicherheit nicht.

Eine argumentative Verunsicherung des Gerichts wird außerhalb des Gerichtssaals nicht bekannt werden. Aber auch dem Angeklagten wird es im Ergebnis kaum gelingen, den Richter von dessen - durch die juristische Methode vermittelten - vorgefaßten Meinungen abzubringen und mit ihm eine Diskussion über die gesellschaftlichen und politischen Implikationen der inkriminierten Handlung und des daran anknüpfenden Gerichtsverfahrens zu führen.

Auf sich beschränkt, werden alle drei Aktionsformen - auch kumuliert - ohnmächtige Formen des Protestes bleiben:

1. Innerhalb der Gerichte ist eine wirkliche Öffentlichkeit ebensowenig herzustellen, wie zu erwarten ist, daß gerichtsinterne Geschehnisse in ihrer politischen Bedeutung einer breiteren Öffentlichkeit ins Bewußtsein dringen.
2. Innerhalb der Gerichte sind Solidarisierungsaktionen wenig effektiv. Sie beinhalten zugleich die Gefahr eines Selbstausschaltung der sich Solidarisierenden.
3. Innerhalb der Gerichte hat der Angeklagte, wie immer er argumentiert, angesichts der unter juristischen Gesichtspunkten regelmäßig eindeutigen Sachverhalte - und auf deren Feststellung beschränkt sich das Verfahren - keine Aussichten.

III. Die Konsequenz dieser Erkenntnisse bedeutet: Es gilt, die Auseinandersetzung zwischen dem Angeklagten und dem autoritären Staat in die Öffentlichkeit vorzuverlegen. Nur in der Öffentlichkeit kann der Angeklagte mit Solidarität rechnen; nur in der Öffentlichkeit kann eine Diskussion über die politischen Implikationen geführt werden. Wenn es gelingt, die Auseinandersetzung in die Öffentlichkeit zu verlegen, könnte zugleich die Aktionseinheit zwischen Justiz und Polizei aufgezeigt werden. Das wäre ein wichtiger Beitrag zur Entschleierung der Ideologie von der Justiz als der Sachwalterin eines vernünftigen, allgemeinen Rechts. Im einzelnen ergeben sich folgende Perspektiven:

1. Es sind Aktionen einzuleiten, die auf eine solidarische Unterstützung der Angeklagten an ihrer jeweiligen sozialen Basis zielen: Klassenstreiks, Schulstreiks, Vorlesungsstreiks für die Zeit der Verhandlung. Diese Streiks oder auch Besetzungen wären mit einer Aufklärung über die politische Bedeutung der Strafverfahren zu verbinden. Es ist anzustreben, daß die Solidarisierungen auch auf andere soziale Basen übergreifen.
2. Als Voraussetzung für die Aufklärung ist der Bereich der fraglichen Normen kritisch aufzuarbeiten. Dabei wird Genese und Anwendungsbereich der scheinrationalen juristischen Formeln stets in Zusammenhang zu bringen sein mit der konkreten staatlichen Gewaltanwendung, zu deren Rationalisierung die Formel entwickelt wurde. Diese Aufarbeitung könnte von juristischen Arbeitsgemeinschaften der Republikanischen Clubs oder der juristischen Fakultäten geleistet werden. Das stellte zugleich einen ersten Schritt zur anzustrebenden Repolitisierung des Rechtslebens dar.
3. Weiterhin ist an die Möglichkeit zu denken, daß der Angeklagte am Prozeßtermin an seiner sozialen Basis verbleibt und das Gericht auffordert, dort - vor einer wirklichen Öffentlichkeit - die Verhandlung durchzuführen. Die zu erwartenden Repressionsmaßnahmen der Staatsgewalt könnten zugleich Anlaß spontaner Solidarität werden.

PROJEKTGRUPPE GRIECHENLAND
IM SDS-HAMBURG

Genossen,

Gleich nach dem Militärputsch vom 21. April 1967 erkannten wir die Notwendigkeit, uns intensiver mit der politischen Situation Griechenlands zu befassen. Zu diesem Zweck gründeten wir die Projektgruppe " Griechenland " , die zunächst daran arbeitete, Materialien und Informationen über die politische Entwicklung und die Situation nach dem Putsch zu erstellen.
Während der vergangenen 16 Monate haben wir eine Reihe von Informationskampagnen, Veranstaltungen und Demonstationen durchgeführt.

Unsere Erfahrung, die wir bei diesen Aktionen machten, läßt es uns als dringend notwendig erscheinen, daß sich über den Raum Hamburg hinaus im gesamten Regionalbereich Nord, Griechenland-Gruppen installieren sollen, die in ständiger Kooperation Materialien und Informationen austauschen und so zu einer gemeinsamen Strategie mit konkreten Aktionen für die nächste Zeit gelangen.
Die Griechenland-Gruppe Hamburg wird selbstverständlich für die Aktivierung dieses Prozeßes ihre Erfahrungen und Materialien zur Verfügung stellen.

.....

Z U M P R O B L E M G R I E C H E N L A N D

Der folgende Text, der in Form eines Initiativantrages vom SDS-Münster der 23.o. DK des SDS in Frankfurt vorgelegt wurde, soll dem Verständnis der politischen Situation in Griechenland und den sich daraus ergebenden Aufgaben für den SDS im Sinne des internationalen antifaschistischen Kampfes dienen.-

17 Monate nach dem Militärputsch in Griechenland sind Tendenzen zur Einleitung einer zweiten Phase der Konsolidierung des Herrschaftssystems zu erkennen.
Auch ein faschistisches Regime in einem europäischen Peripherieland bedarf einer formaldemokratischen Fassade, um sich der politischen Struktur der sog. freien Welt anpassen zu können. Deswegen befasst sich in Griechenland die Militärregierung intensiv mit dem Plan, manipulativ ein Plebiszit durchzuführen , durch das das Volk sich eine Pseudoverfassung geben soll, die aus Notstandsgesetzen und -verordnungen besteht.
Gleichzeitig erfolgt eine annäherung zwischen dem faschistischen Regime und Teilen der bürgerlichen Parteien, die bisher eine gewisse Distanzierung gezeigt haben. Symptomatisch ist die rege Beteiligung vieler führenden Persönlichkeiten des Zentrums und der Rechte an den Diskussionen über den Verfassungsentwurf der Militärregierung, wie auch Verhandlungen zwischen Exponenten der Bourgeoisie und der Regierung zur Schaffung einer neuen staatlichen und gesellschaftlichen Führungsschicht, die die faschistische Herrschaft garantieren soll.
Auf ökonomischem Gebiet bedeutet das die Stabilisierung und Ausbau der Vorherrschaft ausländischer und inländischer Monopole.
Im Rahmen des Versuchs einer europäischen Integration des Landes und damit gleichlaufender Stärkung des US-Einflußes in Griechenland hat die Regierung das Vertrauen ausländischer Unternehmerkreise schon durch ein System von Dekreten gewonnen (z.B.Notverordnungen Nr 89,147,149) die die Abschaffung der Schutzzölle und die direkte Begünstigung des ausländischen Kapitalsversehen. Außer den oktatanten Beispielen für die Allmacht der ausländischen Firmen wie ESSO, LITTON und PECINEE, können noch weitere Monopole erwähnt werden: GOODYEAR,SIEMENS,MAN,UNION CARBIDE,DOW CHEMICAL und BANK OF AMERICA, die nach dem Putsch außerordentliche Vergünstigungen erhalten haben. So erfolgt einerseits die stufenweise Integrierung des Landes in die EWG, in ein subbuterisches Abhängigkeitsverhältnis und wächst andererseits die ökonomische Verflechtung mit dem US-Imperialismus.
Das bedeutet militärisch die Fesselung Griechenlands an die NATO. Es ist daher kein Zufall, daß das letzte NATO-Manöver "Tiefer Graben" in Griechenland stattfand (25 August 1968) und zwar unter der persönlichen Führung des Oberbefehlshabers der NATO-Streitkräfte Südeuropas General Rivero, und des Vizekönings Zoitakis. Es ist der NATO nach der Invasion der Warschauer-Pakt-Staaten in die CSSR nicht schwer gefallen, Griechenland ihre vorbehaltslose Unterstützung zuzusichern.
Als Konsequenz dieser ökonomischen, politischen und militärischen Entwicklung ist zunehmende Verschärfung der Klassengegensätze in der griechischen Gesellschaft festzustellen. Die Stärkung der Monopole bringt eine Intensivierung der Ausbeutung der abhängigen Massen mit sich, eine ernsthafte Gefährdung des Kleinbetriebs und eine zunehmende Verelendung der Landbevölkerung: dieser Prozeß der Verarmung der abhängigen Bevölkerungsschichten führt zur sozialen Polarisierung.
Auf dem kulturellen und ideologischen Gebiet wird der Versuch gemacht, das Leben der Bevölkerung auf der Grundlage reaktionärer und repressiver Werte zu gestalten, wenn man zur Kenntnis nimmt, daß die staatliche Propaganda hier enorme Dimensionen erreicht hat (Unterdrückung der Volkssprache u. -musik. Verherrlichung der soldatischen Tugenden, strenge Zensur in der Literatur, Wissenschaft und den schönen Künsten, Förderung des Nationalismus und der Religiosität etc).
Es ist offensichtlich , daß das griechische Volk das Problem der ökonomischen Verelendung und der politischen Abhängigkeit nicht innerhalb des etablierten Systems lösen kann, sondern nur durch den revolutionären Kampf.
Die Bildung von Widerstandsorganisationen war die erste Reaktion des Volkes auf das diktatorische Regime. Im Ausland bekannt wurden die "Patriotische

Front" und die "Demokratische Verteidigung", die von den traditionellen Oppositionsparteien EDA bzw Zentrumsunion beeinflußt waren.
Allerdings muß darauf hingewiesen werden, daß sich die aktive Opposition innerhalb dieser Organisationen durch die Widerstandspraxis mehr und mehr von den Richtlinien der traditionellen Oppositionsparteien entfernt und sich radikalisiert. Der Einfluß dieser Parteien verliert zunehmend an Bedeutung, zumal sie zum größten Teil aus der Emigration gesteuert werden. Parallel dazu bildeten sich auch andere Widerstandsgruppen, die zum größten Teil marxistisch revolutionär sind und die durch ihre konsequente revolutionäre Praxis bei der Bevölkerung und vor allem bei der revolutionären studentischen und Arbeiterjugend an Boden gewinnen.

Die Perspektiven dieses Kampfes bestimmen sich im Prozeß der Bewußtwerdung von Arbeitern, Bauern, der Jugend und der sich proletarisierenden Kleinbürgerschichten und die gemeinsamen Interessen aller Unterdrückten werden nur im Laufe dieses Kampfes zum Ausdruck kommen können.
"Die Polarisierung der antagonistischen Kräfte von Klassengegnern erfolgt bis jetzt schneller als die Entwicklung der Widersprüche zwischen Ausbeutern bei der Teilung der Beute. Die Lager sind zweier: die Alternative wird klarer für jedes Individuum und für jede Bevölkerungsschicht"(Che Guevara)
Die Chancen einer solchen Entwicklung können nicht in der Fixierung auf eine abstrakte antidiktatorische Front liegen, die sich mit einer Defensivstrategie begnügt, sondern in einer Front radikalsozialistischer Kräfte, die in Theorie und Praxis konkret und unmißverständlich für den Sozialismus und die Volksherrschaft kämpfen.
Der SDS als revolutionäre Organisation ist verpflichtet, dem griechischen Volke in seinem revolutionären emanzipatorischen Kampf beizustehen d.h. ihm moralisch und materiell Hilfe zu leisten. Es reicht nicht aus wenn sich der SDS an Massenaktionen über Griechenland beteiligt oder undifferenziert beliebige Oppositionsgruppen unterstützt, die für den revolutionären Kampf in Griechenland nicht repräsentativ sind.
Der SDS muß in Verpflichtung seiner revolutionären Praxis und des sozialistischen Internationalismus mit den entsprechenden Gruppen in Griechenland Kontakt aufnehmen.
Zu diesem Zweck wird die Schaffung von "Projektgruppen Griechenland" in allen SDS-Gruppen empfohlen.
Die konkreten Aufgaben dieser Gruppen wären:

1. Die Analyse des griechischen Problems
2. Informatorische Aufklärung innerhalb der APO und der Hochschule
3. Kampfaktionen gegen Agentenorganisationen und Institutionen die sie protektieren (z.B. griechische Kommissionen in den Arbeitsämtern, Botschaft, Konsulaten)
4. die vor allem technische Unterstützung des sich entwickelnden sozialistischen Kampfes in Griechenland!

.....!!!

Arbeitsbericht Oldenburg

Oldenburg als Grossstadt mit rd. 140 000 Einwohnern, besitzt eine hohe Konzentration an oeffentlichen Verwaltungen und Bueros; daher Bevoelkerungszusammensetzung: viele kleine Beamte und Angestellte.
Industrie hat sich erst nach 1945 angesiedelt, eine Arbeitertradition ist kaum vorhanden. Die wenigen groesseren Industrieunternehmen (AEG mit 2600 Arbeitern, 60% Frauen, Glashuette und mehrere kleinere Unternehmen) beeinflussen das staedtische Geschehen kaum, da die Arbeitnehmer groesstenteils aus dem laendlichen Hinterland kommen. Die Gruppe hat, abgesehen von persoenlichen Kontakten der Genossen zur Gewerkschaft (Jugendbildungsarbeit) und fortschrittlichen Betriebsraeten, bis jetzt keinerlei Betriebsarbeit geleistet.

In Bezug auf die geplante Bundeswehrkampagne ist Oldenburg interessant als zweitgroesste Garnisonstadt der BRD. Kommende Aktivitaeten der Gruppe s.u.

Ein weiterer Schwerpunkt für unsere Arbeit ist die Koordinatin und Zusammenarbeit mit Schülern, wobei wir z.Zt. neue Wege reflektieren müssen, um verstärkt die Berufsschüler und Ingenieurstudenten anzusprechen.

An der PH ergibt sich die Situation ähnlich wie an anderen Phs. Von den 1000 Studenten sind 2/3 Mädchen, die durch ihre Herkunft (bürgerlich, vom Land) kaum ansprechbar sind.

Unsere Gruppe besteht zur Zeit aus 16 Mitgliedern, 5 Studenten, 1 Assistent, 3 Lehrer z./. , 2 Schüler und 5 Werktätige. Sie ringt ständig mit ihrer Auflösung.
Gründe: Die sehr kleine Gruppe, Kürze des Studiums, das ausserdem noch direkt der späteren Berufsausbildung dient.
Die Aktionseinheit und -stärke der Gruppe ist schwach durch die geringe Anzahl der Studenten, die durch die Höhe der Semesterzahl (durchschn. 6 Semester, Abschlusssemester) kaum noch für den SDS arbeitsfähig sind.
Die mangelnden theoretischen Kenntnisse innerhalb der Gruppe machen für uns primär Arbeitskreise erforderlich, die jedoch durch den Mangel an geeigneten Arbeitskreisleitern häufig nicht effektiv genug waren.
Neue Formen der Gemeinschaftsarbeit sollen ausprobiert werden.

Aktivitäten des SDS Oldenburg im SS 68

Eingeleitet wurde das SS 68 vom SDS Oldenburg durch ein Teach-in über die Problematik der Pressekonzentration (Springer-Teach-in), das zusammen mit anderen Hochschulgruppen organisiert worden war. Es wurde die These von der Mitschuld eines Teiles der Presse am Attentat auf Rudi Dutschke begründet, und das Fehlverhalten auch bei der Lokalpresse (NWZ) nachgewiesen. Die von der Versammlung herbeigebetenen Vertreter der Lokalzeitung gaben sich verständnisvoll, entschuldigten sich mit dem Hinweis auf ihre wirtschaftliche Situation (dass sie so schreiben müssten, wie die "Moorbauern" es verstünden), versprachen eine faire Berichterstattung über das Teach-in, und enttäuschten schliesslich durch eine grob verzerrende Darstellung am nächsten Tage.
Ein während des Teach-ins geplantes Rundtischgespräch mit der Zeitungsführung, das auf einer ganzen Seite gebracht werden sollte, fand schliesslich auf Grund von Intrigen anderer Hochschulkräfte ohne den SDS statt.
Um bei den Teach-ins zu bleiben, das nächste fand anlässlich der Notstandsgesetze, wiederum in Zusammenarbeit mit anderen Hochschulgruppen statt. Wir versuchten über die Aenderung des Grundgesetzes und die Gefahren zu informieren und Diskussionen anzuregen.

Ein gemeinsam beschlossener Hochschulstreik wurde schliesslich nur vom SDS mit vollem Einsatz inszeniert und führte so nur zu halbem Erfolg. Der anschliessende spontane Demonstrationszug zu einigen Schulen brachte jedoch eine stattliche Menge (ca. 500 L.) zusammen. Jedoch wurde dem SDS aufgrund fehlender Organisationserfahrung die Leitung von SHB und Asta aus der Hand genommen.
Bei einer nachfolgenden Kundgebung stellte der SDS einen Redner (C. Vonderach). Eine Oldenburger Delegation nahm auch an der Sternfahrt nach Bonn teil.
Nur noch als stiller Mitorganisator fungierte der SDS-Oldenburg bei einer Kundgebung anlässlich der Vorkommnisse in der Tschechoslowakei. An einer Presseverlautbarung der Gruppe hierzu entzündete sich eine gruppeninterne Diskussion über Berechtigung und Zweckdienlichkeit der Benutzung von Begriffen aus dem Kalten-Krieger-Wortschatz (z. B. Stalinismus) zur Verurteilung des Vorgehens der Warschauer-Pakt-Staaten.
Schliesslich sei an ausserplanmässigen Ereignissen erwähnt, dass Mitglieder der Gruppe von der Nachrichtenpolizei vernommen worden sind, weil sie Diskus-Extrablätter am 1 Mai verteilt hatten, gegen die in der Nacht zuvor eine Beschlagnahme ausgesprochen worden war.

Der Arbeitskreis und die MV

Als regelmässige Veranstaltung wurde ein Marxistischer Arbeitskreis durch geführt. Vorgesehen waren folgende 8 Themen:
1. Grundbegriffe (aus dem Vorwort zur Kritik der politischen Ockonomie)
2. Werttheorie
3. Mehrwerttheorie
4. Die Akkumulation des Kapitals
5. Idcologiebegriff
6. Entfremdungsbegriff
7. Klassenbegriff
8. Neokapitalismus

Dazu waren 14 Titel aus der einschlägigen Literatur angegeben, deren einer, Mandel, Einführung in die marxistische Wirtschaftstheorie, dann als Gruhdlage diente.
Z ur Behandlung sind die Themen 1,2,3,5 und 6 gekommen, wobei fraglich bleibt, wie sehr die einzelnen der Gruppe wirklich in die Themen eingedrungen sind. Zweierlei Gründe veranlassen zur Skepsis. Einmal sind einige Stunden ausgefallen und wir konnten keine passende Orgasmusform dieser Abende finden.
Aussenkontakte unterhielt die Gruppe über Schüler zum AUSS und über Gewerkschaftsmitglieder zum Club Liberté, einem Bildungsverein für Arbeiter, sowie über uns selbst zum NC.
Unregelmässig, zumeist nach dem Arbeitskreis, hielten wir unsere MV-Sitzungen ab.

Zusammenarbeit mit Schülern und Arbeitern

Insbesondere nach den Osterdemonstrationen kamen wir mit progressiven Schülern und Jungarbeitern in Kontakt. Auf einem Springer-teach-in wandten sie sich an SDS-Genossen, um Näheres über unsere Arbeit zu erfahren. Diese bestellten sie zum MV Abend, an dem gleichzeitig unser marxistischer Arbeitskreis durchgeführt wurde. Seitdem kamen ca. 4 Schüler und 5 Arbeiter regelmässig zu diesen Abenden. Da bei ihnen jedoch keinerlei theoretische Grundlagen vorhanden waren, wurden sie zum reinen Konsum der Referate verdammt, kamm, dass sich mal ein Schüler an der Diskussion beteiligte.

Die Jungarbeiter wurden nicht nur in dieser Hinsicht frustriert, bei ihnen kam noch hinzu, dass sie teilweise nicht einmal den Inhalt von Referaten und Diskussionsbeiträgen intellektuell verarbeiten konnten. Nach offiziellem Schluss der Arbeitskreise kamen die Probleme von Arbeitern und Schülern auf der Ebene von privaten Gesprächen mit Genossen wenigstens ansatzweise noch zur Sprache. Diesen Gesprächen ist es sicher zu verdanken, dass Arbeiter und Schüler weiter am Arbeitskreis teilnehmen und sogar nach einiger Zeit Antrag auf Mitgliedschaft stellten. Wir nahmen sie in unsere Gruppe auf und hatten damit gleich Helfer für die Vorbereitung der Aktionen zur Verabschiedung der NS-Gesetze gewonnen. Vor allem die Schüler mobilisierten einen grosser Teil der Teilnehmer an unseren Aktionen. Nach der 3.Lesung ver grösserte sich die Anzahl der Schüler, die zum SDS kamen, jedoch nicht gewillt waren, eine Art Reproduktion der Schulsituation, als die sich für sie unser Arbeitskreis darstellen musste, hinzunehmen. Die Schüler schlossen sich zusammen und gründeten aus eigener Initiative einen Bund sozialistischer Schüler.
Die alten Schülergenossen blieben im SDS, nahmen auch weiter am Arbeitskreis und an den MVs teil, so dass die Koordination zwischen unseren beiden Gruppen gesichert war. Die Arbeiter, die sich inzwischen durch Agitation unter Kollegen auch auf 12 vermehrt hatten, zogen nach und gründeten wenig später einen 'club liberté', in dem sie Gelegenheit kriegten, ihre eigenen Probleme zu besprechen und auf ihnen entsprechenden Niveau zu arbeiten. Damit eine effektive Arbeit gewährleistet war, übernahm der SDS die Vermittlung zwischen 'club liberté' und Republikanischem Club, der unter Mit-Leitung eines SDS-Genossen einen Arbeitskreis 'Arbeiterselbstverwaltung' durchführt.
Die Mitglieder des 'club liberté' erklärten sich bereit, an diesem 14tägig tagenden Arbeitskreis geschlossen teilzunehmen.

Zusammenfassend sind aus der Entwicklung folgende Erfahrungen für unsere Gruppe von Bedeutung gewesen: Ein kollektiver Arbeitskreis mit Schülern, Arbeitern und Studenten ist in unserer Situation undurchdführbar, da wir uns die Grundlagen der Marxistischen Oekonomie teilweise selbst noch erarbeiten müsden und deshalb nicht in der Lage sind, auch noch didaktische Reflexionen darüber anzustellen, wie wir Arbeitern und Schülern einen Lernprozess erleichtern können, wenn wir uns selbst noch in diesem Lernprozess befinden. Die Autoritätskonflikte der Arbeiter und Schüler wurden vom SDS zwar erkannt, aber immer wieder verdrängt.Was wir meinten,nicht lösen zu können,lösten dann die Betroffenen überraschenderweise selbständig,Vom SDS politisch motiviert gründeten sie ihre eigenen Gruppen,die ständig mit dem SDS in Verbindung bleiben werden, sei es durch Doppelmitgliedschaft, Referentenaustausch oder gemeinsam auszuführende Aktionen.Damit ist die bestmögliche Emanzipationschance für die Arbeiter und Schüler gegeben,indem sie nämlich selbsttätig wreden.

Pläne für das kommende Semester

Der SDS wird den im Sommer begonnenen marxistischen Arbeitskreis für Mitglieder und interessierte Studenten fortsetzen. Der Arbeitskreis sol I4tägig stattfinden, wobei sich jeder Genosse auf ein Thema besonders vorbereitet. Ebenfalls I%tägig wollen wir uns mit aktuell-politischen Problemen befassen, das Programm dafür steht noch nicht fest.

Der erste Versuch, den wir geplant haben, um mit interessierten Bundeswehrangehörigen in Kontakt zu kommen, zielt auf den Staatsbürgerunterricht für die Truppe. Wir wollen versuchen SDSler im Namen des RC dort einzuschleusen, die Vorträge halten und mit den Soldaten diskutieren könnten.

Die zweite geplante Aktion wird eine Massenhafte Flugblattverteilung vor den Kasernen, aber auch vor Schulen und Betrieben sein, mit der auf das Problem der Kriegsdienstverweigerung hingewiesen werden soll und gleichzeitig eine Podiumsdiskussion zu dem Thema angekündigt wird, Die Aktion wird aller Voraussicht nach in Zusammenarbeit mit dem VK durchgeführt. Wir hoffen, durch Flugblattve rteilung und Podiumsveranstaltung mit potentiellen Verweigerern oder auch nur Unzufriedenen innerhalb der BW zusammenzukommen. In Zusammenarbeit mit dem VK soll ein Beratungsdienst für Verweigerungswillige eingerichtet werden, in dem der SDS die politische Arbeit übernehmen könnte, der VK die technische . Es wäre wünschenswert, wenn der Bundesvorstand dazu eine Analyse mit folgendem Inhalt für die Gruppen bereitstellen könnte, die auf diesem Gebiet arbeiten:

1. Politische Begründung der vom SDS forcierten Aktivitäten in Bezug auf BW- insbesondere Kriegsdienstverweigerung.
2. Material zur politischen Kriegsdienstverweigerung: Begründung, Verhaltenskataloge etc.

Peter Schilinski 2286 Keitum / Sylt Witthüs 2.10.68
Te. o4651 / 2754

in Hamburg zu erreichen unter Telefon 86 o173

Mitglied der APO-Gruppe Sylt und einer APO Gruppe in Hamburg

Vorschlag für die regionale Mitgliederversammlung des SDS Hamburg vom 11. - 13. 10. 68

Bildung einer Basisgruppe bzw. mehrer Basisgruppen in einem Arbeiterbezirk Hamburgs.

Erfahrungen in Berlin und auf Sylt zeigen, daß es heute an jeder Straßenecke möglich ist, mit der Bevölkerung ein politisches aufklärendes Gespräch zu führen. Wenn eine Gruppe von nur 10 Menschen sich an einer Straßenecke etwas lautstärker als normal unterhält, sind in der Regel in kurzer Zeit mindestens 50 andere versammelt. Haben diese Gespräche erst einmal begonnen, dann hält sich der Menschenauflauf stundenlang. Gespräche, die um ca. 18. Uhr begonnen wurden, liefen von selbst bis nach Mitternacht. So wurde es in Berlin und auf Sylt immer wieder erlebt.

Diese Möglichkeit sollte ausgenutzt werden. Dabei ist klar: Es kann niemals theoretisch ermittelt werden, ob solche Gespräche effektiv, sinnvoll für die APO oder ob sie sinnlos sind, weil es ganz und gar von den Menschen abhängt, die das Gespräch unternehmen ob das eine oder das andere zutrifft. Deshalb sollte nur die Frage beantwortet werden, wer und wieviele diesen Versuch unternehmen wollen. Die daran Interessierten sollten sich in eine Liste eintragen.

Taktik - Vorschlag aus der vorliegenden Erfahrung: Die Gruppe sollte untereinander ausmachen, welches Thema - nach Möglichkeit - Gegenstand des Gespräches werden soll. Argumente und die üblichen Einwände sollten diskutiert werden, desgleichen wie man die üblichen Einwände durch verständliche und treffende Gegenargumente entkräften kann. - Oft stellt sich erst dabei heraus, daß die Mitteilnehmer des Gespräches auf unserer Seite keine guten - oder gar keine - Argumente haben oder dass es ihnen nicht möglich ist, sie in verständlicher Form zu vermitteln. Die Vorbereitung des Gespräches hat damit zugleich den Charakter der Schulung. Die Schulung ist aber nicht nur theoretisch, sondern unmittelbare Vorbereitung auf Praxis im Straßengespräch.
Die erste Phase des Straßengespräches hat in der Regel mehr oder weniger emotionalen Charakter. Das ist einerseits gut, weil es anziehend auf Vorübergehende wirkt, anderseits gefährlich, wenn wir uns ebenfalls ganz ins Emotionale begeben. Das Emotionale darf höchstens am Anfang die Funktion eines Anfeuerns der Diskussion haben, sind die Menschen erst einmal warm geworden, sollte geduldige, sachliche Aufklärung auf unserer Seit geübt werden. Es zeigten sich bei den so provozierten Straßengesprächen nach etwa einer Stunde Gesprächsverlauf immer wieder ähnliche Strukturen: Gruppen in denen nur gemotzt wurde im Stile von: 'Geht doch über die Mauer!' Antwort: 'Ich spring gleich nach Ihnen rüber!' und Ähnliches; andere Gruppen, in denen ernsthaft bestimmte Themen diskutiert wurden z.B.: 'Was will die APO?' 'Was habt Ihr gegen Springer?' 'Pressefreiheit und Gewerbefreiheit' und Ähnliches.
Wir verfolgten die Taktik, daß wir uns von den motzenden Gruppen räumlich distanzierten, um mit den anderen vernünftig sprechen zu können. -
Erfolge: Es wurden immer einige Leuten für weitere Gespräche

gewonnen. Wir müssen ein Lokal haben, in dem wir das Gespräch weiter führen können. Die im Straßengespräch Gewonnen müßten auf Zusammenkünfte in für die betretbare Lokale (ohne intellektuelles Klima) hingewiesen werden, an denen zu bestimmten Terminen die APO Auskunft gibt und Diskussionen führt. Es empfiehlt sich, kleine Hinweisflugblätter 'Wo können Sie uns wieder treffen?' dabei zu haben.

Wichtig: Wir sollten uns mit kleinen Gruppen - möglichst nur mit zwei und drei Menschen verabreden. Man kann sich dann viel besser auf sie einstellen.

Jedes Straßengespräch sollte von der Gruppe nachträglich analysiert werden, um Argumente und Methoden zu verbessern.

Ziel der Aktion: Aufbau von Basisgruppen als Transmissionsrienen für die Politisierung und Aktivierung der Bevölkerung, die sich als ansprechbar herausstellt. Bildung von Gruppen, mit denen wir gemeinsam die bevorstehende Wahl zum Instrument politischer Aufklärung machen. - Versuch der Erweiterung der Basis.

Einzelheiten: Man kann die Aktion auch vom Happening aus starten. Beispiel: 'Ma tanza'-Aktion der APO Gruppe Sylt. Zur 'Welturaufführung' des Films auf Sylt - nur für geladene Gäste - empfingen wir Springer (der gar nicht da war, wir nahmen einen Vorübergehenden dafür) mit irrem Jubel und Heilrufen. Jeder ankommende Prominente wurde mit ähnlichem Jubel und Sprüchen empfangen - die Straße füllte sich, die Umstehenden machten mehr und mehr mit. Als die Schau vorbei war, waren hunderte versammelt, mit denen man sprechen konnte. Das Straßengespräch dauerte von 18 Uhr - 2 Uhr nachts. Erfolg: Unser am nächsten Tag im Witthüs angesetztes politisches Gespräch war restlos überfüllt.

Es sollten ältere Aktive für das Straßengespräch gewonnen werden. Sie sind ein guter 'Beweis' dafür, daß es sich bei der APO nicht nur um 'irregeleitete Jugend' handelt.

Wichtig: Die an der Aktion Interessierten müssen sich in eine Liste eintragen, damit sie über den Beginn der Arbeit informiert werden können! Die Aktion soll vom freien Gespräch ausgehen, ohne Werbung direkter Art für SDS und APO. Die Werbung liegt in der Sache, keine 'Vorweg-Hindernisse' bauen.